



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 24. Juni 2026

295. 2026/119

Weisung vom 18.03.2026:

Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2025, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2025 (Beilage) wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung des Berichts:

Guy Krayenbühl (GLP): Der Geschäftsbericht 2025 der Stadt Zürich ist der Rechenschaftsbericht des Stadtrats, der neun Departemente und der Allgemeinen Verwaltung über das vergangene Jahr. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Bericht noch in der alten Besetzung gemäss Artikel 49 der Gemeindeordnung geprüft. Jedes Mitglied der GPK war für ein Departement zuständig und führte Gespräche mit den jeweiligen Vorsteherinnen und Vorstehern. Der Geschäftsbericht wurde in drei Lesungen behandelt. Es wurden zahlreiche Fragen an die Verwaltung gestellt und zufriedenstellend beantwortet. Der Stadtrat zieht insgesamt eine positive Bilanz und die Bevölkerung teilt diese Einschätzung. Die Bevölkerungsbefragung 2025 zeigt eine hohe Lebensqualität und ein hohes Sicherheitsgefühl. Gleichzeitig macht der Bericht klar, wo der Schuh drückt. Es sind drei Themen, die sich durch das gesamte Jahr ziehen: Erstmals hat die Bevölkerung das Wohnen als ihre grösste Sorge bezeichnet. Der Stadtrat hat mit neuen Siedlungen und strategischen Weichenstellungen wie dem Grundstückskauf in Zürich-Oerlikon reagiert. Eng damit verbunden ist der Verkehr mit dem Stadttunnel und der Einhausung Schwamendingen als sichtbare Meilensteine. Hinter all dem steht eine finanzpolitische Grundaussage: Der Stadtrat investiert so viel wie noch nie. Damit verbunden ist die Ansage, dass die Schulden längerfristig stark wachsen könnten und Investitionen daher stärker priorisiert werden müssten. Dies ist ein Thema, das uns und den Stadtrat beschäftigen wird. Vom Standpunkt der Aufsicht war das Sicherheitsdepartement besonders aufschlussreich. Dort prägen die Drogensituation rund um die Bäckeranlage, ein neu geschaffenes Kommissariat für Bereitschaftspolizei sowie der strategische Schwerpunkt häusliche Gewalt das Geschehen. Bemerkenswert ist der Extremismusbericht der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der eine Fachstelle für Extremismus empfiehlt. Die Mehrheit der GPK empfiehlt Genehmigung des Geschäftsberichts, der eine leistungsfähige, aber stark geforderte Verwaltung zeigt.



2 / 4

Eintreten ist unbestritten.

(Fraktionserklärung siehe Beschluss-Nr. 296/2026)

Kommissionsmehrheit:

Guy Krayenbühl (GLP): Die Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission (GPK) stimmt dem Geschäftsbericht zu.

Kommmissionsminderheit:

Derek Richter (SVP): Der Geschäftsbericht ist der Tatbeweis der Arroganz und politischen Verantwortungslosigkeit. Er kaschiert das Versagen des Stadtrats mit schönen Worten und bunten Bildern, während die Realität für private und gewerbliche Steuerzahlende alles andere als rosig aussieht. Statt echter Sparanstrengungen und spürbarer Entlastungen der Bevölkerung liefert uns der Stadtrat ein weiteres Jahr einen administrativen Wasserkopf: Bevorzugung von linken Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Genossinnen, steigende Ausgaben, gewachsene Bürokratie und tägliche Gängelei im Strassenverkehrsraum. Die angeblichen Erfolge sind nichts anderes als das Ergebnis von Mehreinnahmen auf dem Rücken der Steuerzahler. Von einer echten Konsolidierung oder von Massnahmen gegen die Kostenexplosion in der Verwaltung ist weit und breit nichts in Sicht. Stattdessen wird einmal mehr der Rotstift dort angesetzt, wo er politisch am wenigsten wehtut: nirgends. Besonders stossend und unverschämt ist die Forderung des Stadtrats nach einer massiven Lohnerhöhung auf fast 300 000 Franken im Jahr. Während normale Familien mit explodierenden Krankenkassenprämien, hohen Mieten und steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, will sich der Stadtrat auf Kosten der Steuerzahler bereichern. Das ist nicht nur unanständig, das ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die tagtäglich für dieses System aufkommen müssen. Ein Stadtrat, der sich den Staat zur Beute gemacht hat, hat jedes Recht verwirkt, der Bevölkerung Opferbereitschaft oder Verständnis für höhere Abgaben abzuverlangen. Der Stadtrat rechtfertigt die massive Erhöhung mit dem Argument der Konkurrenzfähigkeit. Dies, obwohl sich in keiner staatlichen Instanz der Fachkräftemangel so deutlich akzentuiert wie im Stadtrat selbst. Der Stadtrat hat die Rechnung ohne die SVP und ohne das Volk gemacht. Der Geschäftsbericht ist in dieser Form nicht akzeptabel. Wir lehnen ihn ab. Wir fordern echte Sparmassnahmen, eine deutliche Reduktion der Verwaltung und Schluss mit dieser Selbstbedienungsmentalität auf Stufe Stadtrat und Gemeinderat. Zeigen Sie mehr Verantwortung als der Stadtrat und lehnen Sie den Geschäftsbericht 2025 ab.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Egli (FDP): Wir nehmen unsere Verantwortung nicht wahr, indem wir den Geschäftsbericht annehmen oder ablehnen; das ist eine Aufgabe, die wir über das Jahr hinweg in der Politik wahrnehmen müssen. Es ist durchaus berechtigt, an dieser Stelle Kritik anzubringen. Man kann über den Geschäftsbericht inhaltlich froh oder weniger



froh sein. Man kann auch kritisieren, dass der Stadtrat seine eigene Arbeit etwas glorifiziert und nach meinem Dafürhalten vielleicht zu positiv dargestellt hat. Tatsache ist aber, dass er Rechenschaft ablegen muss über das, was er in diesem Jahr getan hat. Die GPK und der Gemeinderat sind nicht dazu da, den Stadtrat in seiner Wortwahl zu kritisieren oder auf Stilformen hinzuweisen. Wir müssen entscheiden, ob die Richtigkeit des Geschäftsberichts bezüglich der gesetzlichen Vorgaben des kantonalen Rechts erfüllt ist. Nach unserem Dafürhalten ist dies der Fall. Bei allem Verständnis für die inhaltliche Kritik der SVP am Geschäftsbericht, wovon ich etliche Positionen teile: Der Bericht als solcher entspricht dem, was der Stadtrat getan hat. Wenn der Stadtrat das tut, hat er den Geschäftsbericht korrekt erstellt. Daher genehmigen wir als FDP diesen auch.

Martin Busekros (Grüne): Ich muss die SVP kurz in Schutz nehmen: Sie hat nichts zum Erfolg dieser Stadt beigetragen; aus dieser Sicht ist es nur konsequent, dass sie heute den Geschäftsbericht ablehnt. Wir Grünen stimmen nach eingehender Prüfung dieser interessanten Lektüre zu. Diese Aufgabe in der GPK kann ich nur empfehlen.

Karin Weyermann (Die Mitte): Der Empfehlung, den Geschäftsbericht zu lesen, kann ich mich nur anschliessen. Er zeigt die Vielfalt der Aufgaben, die die Stadt Zürich hat. Das ist der Punkt, in dem ich der SVP bis zu einem gewissen Grad recht gebe. Er zeigt auf, wie viele Aufgaben wir vom Gemeinderat der Stadt Jahr für Jahr zusätzlich aufbürden, die aus Sicht der Die Mitte nicht zwangsläufig städtische Aufgaben wären. Nichtsdestotrotz sind es im Moment Aufgaben der Stadt. Sie werden erledigt und vielfach auch sehr gut, das muss man sagen. Das sieht man auch in diesem Bericht. Daher werden auch wir von Die Mitte den Geschäftsbericht selbstverständlich sehr gern genehmigen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Martin Busekros (Grüne), Andreas Egli (FDP), Sarah Dähler (Grüne), Cordelia Forde (SP), Rahel Habegger (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP), Jehuda Spielman (FDP)
Minderheit:	Referat: Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



4 / 4

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2025 (Beilage) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Juli 2026 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat